

Resolution 1 der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen (AUGE/UG)
an die 9. Vollversammlung der XV. Funktionsperiode der Arbeiterkammer Oberösterreich,
Mai 2018

Jugendvertrauensräte sollen bleiben

Für Lehrlinge und jugendliche ArbeitnehmerInnen sind JugendvertrauensrätInnen die ersten AnsprechpartnerInnen für alle Fragen rund um die Themen Arbeiten und Ausbildung.

So wie BetriebsrätInnen die Interessen aller ArbeitnehmerInnen des Betriebes vertreten, sind JugendvertrauensrätInnen speziell für die Anliegen der Lehrlinge und der jugendlichen ArbeitnehmerInnen da. JugendvertrauensrätInnen sind meist selbst mitten in der Ausbildung oder haben diese gerade erst abgeschlossen. Genau darum wissen sie auch, wo der Schuh drückt und können die Interessen der Lehrlinge bestens vertreten. Das Konzept „Jugendliche vertreten Jugendliche“ hat sich bisher gut bewährt.

Nicht zu unterschätzen ist auch, dass so manche Betriebsrats-„Karriere“ im Jugendvertrauensrat begonnen hat, wo erste Erfahrungen im Umgang mit Vorgesetzten, Arbeitsrecht und Interessenvertretung gesammelt wurden. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur „politischen Bildung“ im Sinne eines Erlernens und Erlebens von Demokratie und des Eintretens für eigene Rechte und die Rechte anderer.

Die Bundesregierung denkt nun laut darüber nach, die Jugendvertrauensräte abzuschaffen. Dafür soll Jugendlichen ab 16 ein aktives Wahlrecht zu den Betriebsratswahlen zugestanden werden. Ein Drittel der Lehrlinge, nämlich alle unter 16 Jahren, würde jegliches Wahlrecht im Betrieb verlieren. Außerdem ginge für jugendliche ArbeitnehmerInnen der niederschwellige Zugang zu gleichaltrigen JugendvertrauensrätInnen verloren. Dass gleichzeitig Gewerkschaften und Betriebsräten der „Nachwuchs“ verloren gehen würde, wäre ein zusätzlicher negativer Effekt. Es braucht mehr Demokratie in der direkten Lebensumgebung junger arbeitender Menschen, um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Eine mögliche Stärkung der Einrichtung Jugendvertrauensrat wäre die Errichtung eines EU-

Jugendvertrauensrates, der den Austausch zwischen jugendlichen ArbeitnehmerInnen in der EU leichter koordinieren und fördern könnte.

Die Vollversammlung der AK Oberösterreich fordert daher die Bundesregierung auf, Schritte zu setzen, um Jugendvertrauensräte nicht abzuschaffen sondern stattdessen zu stärken.